

# Medienkonferenz

**JA zum V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung**

14. November 2018

## Medienmappe

### Rückfragen:

**Christoph Gull**, Kantonsrat, Mitglied der vorberatenden Kommission, Flums (SVP)

[christoph.gull@flums.ch](mailto:christoph.gull@flums.ch) / +41 79 405 18 11

**Beat Tinner**, Kantonsrat, Fraktionspräsident, Wartau (FDP)

[beat.tinner@wartau.ch](mailto:beat.tinner@wartau.ch) / +41 79 336 43 08

**Dr. Andreas Hartmann**, Kantonsrat, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes, Rorschach

[ahartmann@swissonline.ch](mailto:ahartmann@swissonline.ch) / +41 79 228 10 45

**Robert Stadler**, stv. Direktor und Leiter Kommunikation der IHK St.Gallen-Appenzell, St.Gallen

[robert.stadler@ihk.ch](mailto:robert.stadler@ihk.ch) / +41 78 765 10 00

## MEDIENMITTEILUNG

# Breite Allianz sagt JA zur Berufsbildung

## Reformbedarf ausgewiesen – Kompromiss von Regierung und Kantonsrat überzeugt

**Eine breite Allianz aus bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich für ein JA zum V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung ein. Die von Regierung und Kantonsrat bereits gutgeheissene Reform schafft an den Berufsfachschulen eine klare Führungsorganisation und beachtet dabei das Gleichgewicht zwischen Milizelementen und der kantonalen Verwaltung. Mit dem vorliegenden Gesetzesnachtrag findet die Kantonalisierung der Berufsfachschulen ihren vorläufigen Abschluss.**

Am 25. November 2018 stimmt die St.Galler Bevölkerung über den V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung ab. Dies, weil die CVP gemeinsam mit Links-Grün das Ratsreferendum ergriffen hat. Eine breite Allianz aus SVP, FDP, kantonalem Gewerbeverband und IHK setzt sich für diese notwendige Reform ein.

### Neue Trägerschaft seit 2002

2002 übernahm der Kanton St.Gallen die Trägerschaft über die Berufsfachschulen im Kanton. Davor wurden dieselben von Berufsverbänden oder Gemeinden getragen. Geführt wurden diese Schulen traditionellerweise von Berufsfachschulkommissionen, in denen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Region Einsitz nahmen. Bei der Kantonalisierung der Strukturen kamen zusätzliche Zuständigkeiten des Amtes für Berufsbildung hinzu, ohne, dass die verschiedenen Aufgaben klar voneinander abgegrenzt wurden. Das führt immer wieder zu Konflikten. Aus diesem Grund beauftragte der Kantonsrat die Regierung, diese Strukturen zu klären und die Kantonalisierung abzuschliessen.

### Klare Aufgabenteilung

Die Regierung hat während rund sechs Jahren mit Experten an möglichen Modellen gearbeitet und eine breit angelegte Vernehmlassung durchgeführt. Resultat waren sechs Organisationsmodelle. Im Rahmen der Beratung durch den Kantonsrat ist ein weiteres Modell hinzugekommen. Das letztendlich durch die Mehrheit des Kantonsrates verabschiedete Modell sieht vor, an den milizmässig organisierten Berufsfachschulkommissionen festzuhalten, aber eine klare Aufteilung der Rechte und Pflichten zwischen denselben und der kantonalen Verwaltung vorzusehen. So wird die kantonale Verwaltung insbesondere für den Vollzug von Bundesrecht zuständig sein, wohingegen die Berufsfachschulkommissionen für die Rechtsetzung an den Schulen, die Qualitäts- und Organisationsentwicklung, die Anstellung des Personals sowie die Höhere Berufsbildung und die berufliche Weiterbildung verantwortlich zeichnen.

### Breite Allianz

Die bürgerlichen Parteien SVP und FDP sowie der Gewerbeverband und die IHK begrüessen dieses neue Modell. Weist es doch den Milizelementen so viele Aufgaben wie möglich und der Verwaltung so viele Verantwortungsbereiche wie nötig zu. Das stärkt den Einbezug aller Beteiligten (Lehrbetriebe – Schule – Branche) sowie der Regionen und damit insgesamt die Berufsbildung.

### Zwängerei von CVP und SP

Auf Unverständnis treffen hingegen die Zwängerei von SP und CVP. So wurden die von diesen Parteien nun noch einmal geforderten Modelle im Kantonsrat bereits eingehend diskutiert und für unbrauchbar befunden. Die SP möchte den Bock zum Gärtner machen sowie die strategische und operative Führungsebene fatal miteinander vermischen. Die CVP hingegen möchte alle Kompetenzen den Schulen vor Ort übertragen und die Milizgremien mit dem Vollzug von Bundesrecht überlasten.



## **Berufsbildung stärken – Verantwortlichkeiten klären**

### **Neues Organisationsmodell bei der Führung der Berufsfachschulen klärt die Führungsverantwortung**

*Christoph Gull, Kantonsrat, Mitglied der vorberatenden Kommission, Flums (SVP)*

Wir stimmen im Kanton St.Gallen am 25. November über ein neues Organisationsmodell bei der Führung der Berufsfachschulen ab. Sowohl die vorberatende Kommission als auch der Kantonsrat haben der Gesetzesvorlage mehrheitlich zugestimmt. Eine unheilige Allianz zwischen CVP und SP hat aus ganz unterschiedlichen Gründen das Ratsreferendum ergriffen.

### **Kantonalisierung abschliessen**

Es geht um ein neues Organisationsmodell für die Berufsbildung im Kanton St.Gallen. Nachdem die Berufsfachschulen im Jahre 2002 kantonalisiert wurden, ist es in diesen über 15 Jahren nicht gelungen, die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen der kantonalen Verwaltung sowie den Berufsfachschulen und den zugehörigen Berufsfachschulkommissionen (BFSK) zu klären. Es sind deshalb immer wieder Probleme und Konflikte aufgetreten. Deshalb hat der Kantonsrat der Regierung im Jahre 2012 den Auftrag erteilt, Vorschläge für eine optimalere Organisation der Berufsbildung im Kanton zu erarbeiten. So ist denn auch der Handlungsbedarf nicht bestritten. Alle sind sich im Klaren: es muss etwas ändern!

### **Sieben Modelle wurden geprüft**

In den letzten sechs Jahren hat die Regierung unter Beizug externer Experten fünf verschiedene Organisationsmodelle entwickelt und beurteilt. Nach der Vernehmlassung im Jahre 2015 wurde aus den beiden favorisierten Modellen noch ein sechstes Modell ausgearbeitet. Die vorberatende Kommission hat gar noch ein Siebtes prüfen lassen. Die Sache wurde also seriös angegangen und es wurde nicht einfach die erstbeste Lösung vorgeschlagen.

### **Ein Modell hat überzeugt**

Ein neues Modell soll möglichst die heutigen Schwachstellen eliminieren und für künftige Entwicklungsschritte keine Hindernisse bilden. Im Wissen, dass es nicht DAS Modell gibt, dass nur Vorteile auf sich vereint. Mit dem nun vorgeschlagenen Modell «Linie mit Berufsfachschulkommissionen» ist einerseits gewährleistet, dass die Umsetzung übergeordneten Rechts effizient und im ganzen Kanton einheitlich erfolgt und andererseits mit der Beibehaltung der BFSK auch die Verankerung bei den Arbeitgebenden und in den Regionen nicht geschwächt wird.

### **JA schafft klare Führungslinie**

Das von der Regierung und der vorberatenden Kommission vorgeschlagene Organisationsmodell «Linie mit Berufsfachschulkommissionen» eliminiert die identifizierten Schwachstellen. Das heisst, die Zuordnung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten wird geklärt, es entsteht eine klare Führungslinie. Durch die Beibehaltung der Berufsfachschulkommissionen und den klaren Fokus auf Aspekte der direkten Schulführung wird die Verbindung zur Arbeitswelt nicht nur sichergestellt, sondern gestärkt. Diese Auffassung teilt auch die SVP und empfiehlt deshalb am 25. November 2018 ein klares JA zum V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung.

*Es gilt das gesprochene Wort.*

# Erlass klärt Zuständigkeiten

## Klare Verteilung von Kompetenzen und Pflichten

*Von Beat Tinner, Kantonsrat, Fraktionspräsident, Wartau (FDP)*

Macht der Bund insbesondere Vorgaben zu den Lehrinhalten, ist der Kanton für die Organisation der Berufsfachschule zuständig. Im Kanton St.Gallen sind die Berufsfachschulkommissionen (BFSK) für die Führung der einzelnen Schulstandorte verantwortlich. Mit dem zur Diskussion stehenden Erlass geht es darum, die Zuständigkeiten des Amtes für Berufsbildung und der einzelnen BFSK zu klären und abzugrenzen, ohne dabei auf die bewährten Strukturen der BFSK zu verzichten. Dafür haben sich Regierung und Kantonsrat klar ausgesprochen.

## Lehrbetrieb – Schule – Branche

Die Berufsausbildung in Lehrbetrieben hat im Kanton St.Gallen eine lange Tradition und eine starke Stellung. Sie garantiert die hohe Qualität der Ausbildung und stärkt die Wirtschaft, die an vielen Orten von KMU-Betrieben geprägt ist. Die Ausbildung der Lernenden bewegt sich im Dreieck Lehrbetrieb – Schule – Branchen. In diesem Dreieck profitieren alle Beteiligten voneinander. Es soll auch bei den Schulbehörden abgebildet werden. An den Schulen soll weiterhin ein Milizgremium mit Entscheidungskompetenz bestehen. Dies in der Form der bewährten Berufsfachschulkommissionen, deren Mitglieder im Nebenamt wirken und Anliegen aus dem Umfeld der Schulen – sprich der Wirtschaft, Politik und der Familien – vertreten können.

## Querschnittsbereiche zentralisieren

Auf der anderen Seite ist es seit der Kantonalisierung zwingend, dass auch das Amt für Berufsbildung die Berufsfachschulen steuert. Dies gilt dort, wo die einzelnen Schulen keinen Spielraum haben: wo Bundesrecht einheitlich umzusetzen ist, aber auch in den sogenannten Querschnittsbereichen, das heisst beim Personalrecht, beim Finanzrecht, bei der Informatik und bei der Infrastruktur.

## JA am 25. November

Die FDP-Fraktion hat den V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung mit grosser Mehrheit mitgetragen. Auch die Mitglieder der Kantonalpartei haben einstimmig die JA-Parole gefasst.

*Es gilt das gesprochene Wort.*

## Den Bock nicht zum Gärtner machen

### Milizelement erhält so viele Aufgaben wie möglich und Verwaltung so viele Aufgaben wie nötig

*Von Andreas Hartmann, Kantonsrat, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes, Rorschach*

Die Gegner des V. Nachtrags zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung kämpfen aus unterschiedlichen Motiven gegen diese Vorlage. So sind sowohl CVP als auch SP mit ihren eigenen Modellen in der Ratsdebatte unterlegen und bringen sie in der öffentlichen Debatte wieder ins Spiel.

### Corporate Governance?

Die SP schlug in der Debatte vor, dass der Rektor einer Berufsfachschule zugleich Präsident der zuständigen BFSK sein sollte. Es kann aber doch nicht angehen, dass der Rektor an die Spitze der BFSK gesetzt wird, welche seine eigene Organisation beaufsichtigt. Man würde geradezu den Bock zum Gärtner machen! Strategische und operative Führungsebene würden fatal durchmischert und das Milizelement zur reinen Alibiübung.

### Milizelement nicht überlasten

Im Gegenzug dazu setzt sich die CVP für das andere Extrem ein: Sie möchte alle Macht den Berufsfachschulkommissionen übertragen und das Amt für Berufsbildung zu Stabsstelle derselben degradieren. Die BFSK wären somit auch für die Anwendung von Bundesrecht (Personalrecht, Finanzrecht) zuständig.

### Gewerbe steht hinter Kompromiss

Der vorliegende Erlass ist ein gut austarierter Kompromiss, der den BFSG so viele Kompetenzen wie möglich und der Verwaltung so viel Verantwortung wie nötig überträgt. Aus Sicht des Gewerbes ist das der richtige Weg – ist doch damit auch die Vertretung der Wirtschaft in der Berufsbildung weiterhin sichergestellt. Tragen wir Sorge zu unserer Berufsbildung und lösen wir Probleme dort, wo sie entstehen. Der Gewerbeverband hat äusserst deutlich die JA-Parole beschlossen.

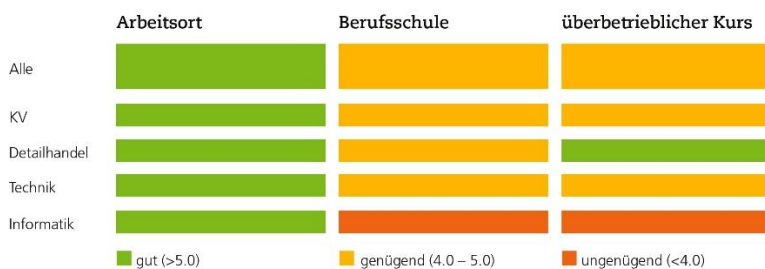
*Es gilt das gesprochene Wort*

# Neues Organisationsmodell stärkt Berufsbildung

## Strukturen vereinfache und Doppelspurigkeiten beseitigen

Von Robert Stadler, stv. Direktor und Leiter Kommunikation der IHK St.Gallen-Appenzell, St.Gallen

Vor ziemlich genau einem Jahr thematisierte die IHK St.Gallen-Appenzell am Konjunkturforum «Zukunft Ostschweiz» die Berufsbildung. Ausgegangen wurde damals von einer breit angelegten Umfrage, an der über 1300 Personen (Lernende, ehemalige Lernende und BerufsbildnerInnen) teilgenommen haben. 75% der Befragten stammten aus dem Kanton St.Gallen. Die Umfrage zeigte, dass die Zufriedenheit mit der Berufsbildung im Allgemeinen sehr hoch ist. Insbesondere die Ausbildung am Arbeitsplatz wird geschätzt. Weniger gut schnitten die Berufsfachschulen ab (siehe Grafik). Kritisiert wurden das fehlende Branchenwissen und der zum Teil veraltete Schulstoff.



Die IHK St.Gallen-Appenzell kam angesichts dieser Resultate zum Schluss, dass die Strukturen in unserer Berufsbildung vereinfacht und Doppelspurigkeiten abgebaut werden müssen. Als Vision wurde vorgeschlagen, die Berufsfachschulen künftig als Kompetenzzentren einzelner Berufsfelder zu organisieren.

## Kompetenzen klären

Die vorliegende Abstimmungsvorlage könnte ein erster Schritt hin zu diesem Ziel sein. Seit 2002 sind die Berufsfachschulen zwar eigentlich kantonalisiert. Diese Kantonalisierung wurde aber nicht konsequent umgesetzt. Bisher waren Zuteilung und Abgrenzung sowohl von Aufgaben, als auch von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Beteiligten (Bildungsdepartement, Amt für Berufsbildung, Berufsfachschulkommissionen, Rektor/innen) unklar und haben immer wieder zu Problemen und Konflikten geführt. Dass die Strukturen verändert werden müssen, ist deshalb unbestritten.

## Schritt in die richtige Richtung

Die jetzt zur Abstimmung kommende Reform ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung und eine Verbesserung gegenüber dem «Status quo». Aus Sicht der IHK St.Gallen-Appenzell ist die Reform eine Voraussetzung, um die Schulen weniger nach regionalpolitischen, sondern nach inhaltlichen und fachlichen Kriterien zu führen.

## Praxisbezug bleibt wichtig

Entscheidend ist und bleibt auch bei der Umsetzung der Reform, dass die Berufsfachschulkommissionen einen starken Praxisbezug aufweisen. Sie dürfen nicht verpolitisiert werden, sondern müssen die Ausbildung parallel zu den Entwicklungen in der Wirtschaft vorwärtsbringen können. Durch die Klärung der Aufgaben und Kompetenzen der Berufsfachschulkommissionen ist dies besser gewährleistet als mit der heutigen Regelung.

*Es gilt das gesprochene Wort.*